

Ingo Degenhardt, DGB-Region Köln-Bonn

Rede beim 1. Mai 2010 in Bonn – Es gilt das gesprochene Wort

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

die gute Nachricht zu erst: der Arbeitsmarkt in unserer Region belebt sich - und es sei mehr als nur eine Frühjahrsbelebung, so war gestern zu lesen. Der größte Teil des Stellenzuwachses kam, wie könnte es auch anders sein, jedoch aus der Arbeitnehmerüberlassung. Auch heute am Tag der Arbeit müssen wir festhalten, dass gute Arbeit weiter zur Mangelware zu werden droht. Immer weniger Menschen können ihr Leben auf normaler Arbeit aufbauen. Viele können nicht von ihrem erzielten Arbeitseinkommen leben. Das Geld reicht häufig nicht mal dazu die Familien ausreichend zu ernähren. Hinzu kommen zusätzliche Ausgaben im Bildungsbereich, wie beispielsweise die Kosten für immer notwendiger Nachhilfe, von Studiengebühren mal ganz zu schweigen. Das ist ein Skandal! In dieser Stadt gibt es derzeit über 4.000 Menschen, die aufstockende Leistungen zum Lebensunterhalt bei der ARGE beantragt haben.

Unsere ganze Kultur ist auf Arbeit gegründet, Arbeit muss Teilhabe an der Gesellschaft ermöglichen. Doch dies ist nicht mit jeder Form von Arbeit möglich. Die Menschen brauchen gute Arbeit und ein gutes Gehalt. Das alles ist mit prekären Beschäftigungsverhältnissen nicht zu erreichen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Bei all den Problemen ist eines jedoch richtig! Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind es, die tagtäglich den Wohlstand dieses Landes erwirtschaften. Tagtäglich finanzieren sie mit ihren Steuergeldern die milliardenschweren Krisenprogramme. Diese Krisenprogramme haben viele Banken vor dem Bankrott gerettet. Mindestens 100 Millionen Menschen sind weltweit arbeitslos geworden.

Wie lange, Kolleginnen und Kollegen, wie lange soll das noch so weitergehen, dass sich die Krisenverursacher mit zweistelligen Millionengehältern in ihrer Parallelgesellschaft weiter einrichten und jenseits demokratischer Kontrolle und jenseits der Regeln der Marktwirtschaft schon wieder satte Gewinne aus

ihrem Treiben einstreichen. Sie machen einfach munter weiter und das werden wir so nicht mehr akzeptieren, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Auch im Jahr 2010 steht der Tag der Arbeit immer noch im Zeichen der Krise. Viele Beschäftigte, auch hier in unserer Region, haben bereits ihren Arbeitsplatz verloren, andere bangen noch um ihren Job und alle fürchten den sozialen Abstieg. DGB und Gewerkschaften fordern ein klares Umdenken - die Wirtschaft muss dem Menschen dienen und nicht den Spekulanten.

Wir gehen vor! Gute Arbeit – Gerechte Löhne – Starker Sozialstaat, so lautet das Motto unserer diesjährigen Maikundgebung, zu der ich Euch alle im Namen des Deutschen Gewerkschaftsbundes recht herzlich begrüße. Mein besonderer Gruß gilt dem ersten Bürger dieser Stadt und unserem Kollegen, Oberbürgermeister Jürgen Nimptsch. Ein herzliches Willkommen an Hans Joachim Corts, dem Superintendenten des evang. Kirchenkreises an Sieg und Rhein - unserem diesjährigen Mairredner. Kirchen und Gewerkschaften orientieren sich in ihrer Ausrichtung an den Interessen und Bedürfnissen des Menschen und setzen auf die soziale Ordnung in der Gesellschaft. Ich bin gespannt was Sie uns heute, am Tag der Arbeit, mit auf den Weg geben werden.

Ich begrüße die neu- und wiedergewählten Betriebsräte aus der Region und hier stellvertretend für alle, den gewählten Betriebsrat der Fa. arwe Service GmbH, wo direkt nach der Wahl der gesamten Belegschaft gekündigt wurde – angeblich aus wirtschaftlichen Gründen. Das ganze geschah genau einen Tag nach der Betriebsratswahl. Ein Fall hier in Bonn. Das ist ein Skandal, liebe Kollegen, liebe Kollegen. So etwas darf es weder hier noch anderswo geben. Dieses Land braucht starke Betriebsräte und starke Gewerkschaften.

Dominik Sechovsky ist stellv. BR-Vors. und wird uns noch über diese Ungeheuerlichkeit kurz berichten. Einen solidarischen Gruß den Kolleginnen und Kollegen der arwe Service GmbH.

Bundesweit in 120 Städten wird heute auf den DGB-Kundgebungen auf die Situation der 26.000 Kolleginnen und Kollegen bei Karstadt aufmerksam gemacht. Auch ein Fall in dieser Stadt. Die Bonner Filiale hat rund 200 Beschäftigte. Sie leben seit langer Zeit nur von Spekulationen und Informationen aus der

Presse, haben Sorgen um Gehalts- und Leistungskürzungen und Angst um ihren Arbeitsplatz. Es ist unwürdig, Menschen in völliger Unsicherheit zu lassen. Unsere Solidarität habt ihr, liebe Bonner Karstadtbeschäftigte. Ich grüße Euch herzlich.

Und ein herzliches Willkommen unseren Rednern aus der Jugendbewegung, einmal Dino Omanovic von der ver.di-Jugend und einen Vertreter der Bonner Jugendbewegung.

Einen herzlichen Gruß allen politischen Mandatsträgern aus Bund, Land und Kommunen.

Und ein herzliches Willkommen unserer diesjährigen Kulturabteilung. Kollege Heinrich Pacht ist wieder zu uns gekommen.

Und ich freue mich, eine große Anzahl von Schülerinnen und Schüler aus der Integrierten Gesamtschule Bonn-Beuel, unter Leitung von Frau Ute Eden begrüßen zu können. Einen Applaus für die Big Band der IGS Bonn-Beuel, die uns gerade schon so schön aufgespielt haben.

Im Rahmen unserer Bildungskampagne „Zeit für Veränderungen“ hat sich unser Vorbereitungsteam überlegt, dass auch mal Schülerinnen und Schüler aus einer gemeinschaftlichen Schulform heute zu Wort kommen sollten. Angesichts der langen Rednerliste ergreifen die jungen Leute dann nicht das Wort, sondern ihre Instrumente, außer den beiden Moderatoren die sie mitgebracht haben.

Kolleginnen und Kollegen, ich habe eingangs von der Krise gesprochen und da möchte ich noch mal kurz ansetzen. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zahlen nicht nur die Zeche dieser Krise, sondern sie und ihre Gewerkschaften waren es auch, die mit verantwortungsbewussten Tarifabschlüssen, mit ihrem Drängen nach der Verlängerung der Kurzarbeit, den Forderungen nach Konjunkturprogrammen, das Schlimmste abgewendet und viele Arbeitsplätze gesichert haben.

Neben den, auch hier bei uns in der Region, spürbaren Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise, beschäftigt uns die Zunahme der prekären Beschäftigungsverhältnisse. Die massive Umwandlung von Vollzeit- in Teilzeitjobs macht uns Sorge. Hier werden Grundsteine für Altersarmut gelegt, Kolleginnen

und Kollegen. Und eines will ich hier auch ganz deutlich sagen: Durch zahlreiche Statistiken ist der Beleg erbracht, dass die derzeitige Krise besonders hart bei den Jugendlichen durchschlägt. Sie haben derzeit immer noch schlechte Startchancen und große Probleme beim Berufsstart, auch wenn sich die jüngsten Zahlen der Arbeitsagentur im letzten Monat positiv entwickelt haben.

Viele müssen von Beginn ihres Arbeitslebens an, ob freiwillig oder unfreiwillig in befristeten Beschäftigungsverhältnissen, in unbezahlten Praktika oder in Teilzeit arbeiten. Sie sind oft prekär beschäftigt und das muss geändert werden. Genauso wie die Ausbeutung in der Leiharbeit – da haben die politisch Verantwortlichen in der nahen Vergangenheit grobe Fehler gemacht. Leiharbeit ist gut und richtig, da wo es notwendig ist, nämlich beim Auffangen von Auftragsspitzen z.B. Sie darf aber nicht zum Regelarbeitsverhältnis werden. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit statt Missbrauch in der Leiharbeit, darauf kommt es an. Ein Arbeitseinkommen muss zum Leben reichen, daher brauchen wir dringend die Einführung von Mindestlöhnen. Schöne neue Arbeitswelt kann ich da nur sagen. Spätestens nach dem dritten befristeten Vertrag stellen viele junge Leute fest: „Ich brauche eine Perspektive“ und die gibt es in prekärer Beschäftigung nun mal nicht, Kolleginnen und Kollegen.

Bei allem Gerede von demographischem Wandel und Facharbeitermangel kann ich an dieser Stelle den Verantwortlichen nur zurufen: Dann gebt doch den Jugendlichen endlich die Chancen die sie verdient haben und die sie brauchen, damit auch sie die Kaufkraft stärken, Familien gründen und ihren Platz in der Gesellschaft finden können. Uns beschäftigt der immer noch anhaltende Missstand in der Bildungspolitik, uns beschäftigt die Chancen- und Perspektivlosigkeit vieler Jugendlicher und wir verurteilen auch weiterhin die immer noch großen Gerechtigkeitslücken in unserem Gesundheitssystem. Hier bleiben wir nach wie vor bei unserem Leitbild der „Solidarität“. Wir lehnen die Kopfpauschale ganz entschieden ab und setzen uns weiterhin für eine solidarische Finanzierung ein, an denen die Arbeitgeber paritätisch beteiligt werden müssen. Mit dieser Kopfpauschale ist das Ende der Solidarität in der GKV zu erwarten, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Auch die Situation der öffentlichen Haushalte haben wir im Blick. Bei allen Anstrengungen von Verwaltungen und Kommunalpolitikern, wird es nicht gelingen, die auch in Bonn vorherrschende katastrophale Finanzlage in den Griff zu kriegen. Als die Banken gerettet werden mussten hieß es, sie seien system-

relevant. Für den DGB erbringen die Städte und Gemeinden unverzichtbare ökonomische und soziale Leistungen und somit sind auch sie systemrelevant. Gehen unsere Kommunen pleite, dann hat das verheerende Folgen für Wirtschaft und Gesellschaft. Auch in Bonn sind kommunale Selbstverwaltung und soziale Strukturen in Gefahr. Angesichts der leeren Kassen ist ein von Einzelinteressen geleiteter Verteilungskampf sicher nicht der richtige Weg. Was wir brauchen ist eine gesamtgesellschaftliche Diskussion, um die besten und tragfähigsten Lösungen. Langfristig muss die Handlungsfähigkeit gesichert bleiben.

Wir demonstrieren heute am Tag der Arbeit auch um den Erhalt und die Stärkung unseres Sozialstaates. Den hätten viele schon längst auf ein Minimum reduziert und am liebsten in die Mottenkiste der Geschichte verpackt. Und diejenigen, die ich meine, brauchen nächsten Sonntag einen Denktzettel dass ihnen sehen und hören vergeht, Kolleginnen und Kollegen.

Wir brauchen kein Privat vor Staat, sondern einen starken Sozialstaat, einen Sozialstaat, der die Gerechtigkeitslücken zwischen Arm und Reich schließt. Wir brauchen einen Sozialstaat, der den Rentnerinnen und Rentnern keine weiteren Verschlechterungen zumutet und die Gesundheitskosten bezahlbar hält. Es kann und darf nicht sein, dass Milliardensummen von deutschen Steuersündern unbehelligt im Ausland verschwinden können, gleichzeitig bei uns die Kinderarmut steigt und eine Tafel nach der anderen seine Pforten für die vielen Bedürftigen öffnen muss.

DGB und Gewerkschaften streiten für einen Staat, der die Lebensrisiken, wie Arbeitslosigkeit, Alter und Pflege verlässlich absichert und den sozialen Aufstieg durch Bildung und Arbeit ermöglicht. Auch das sind wichtige Themen für den Landtagswahlkampf. Diese Landtagswahl, kommenden Sonntag, ist nicht nur entscheidend für die Zukunft von uns Rheinländern und Westfalen. Der Wahlausgang wird erheblichen Einfluss auf die künftige Bundespolitik haben. Und so möchte ich Euch alle ermutigen und aufrufen – geht wählen und macht die beiden Kreuze jeweils an der richtigen Stelle.

Gegenüber allen rechten Gruppierungen und dieser angeblichen Bürgerbewegung „Pro NRW“ vertreten wir eine ganz klare und ablehnende Haltung. Diese bringen wir auch heute hier zum Ausdruck. Es darf

keinen Platz für rechte Parolen geben, weder an einem 1. Mai noch an irgendeinem anderen Tag im Jahr. (Eine Resolution dazu gibt es am ver.di-Stand.)

Bevor nun unser diesjähriger Mairedner, Hans Joachim Corts und die weiteren Redner zu uns sprechen werden, wird uns Heinrich Pahl seine Sicht der aktuellen Dinge wortgewandt und wortgewaltig erklären. Einen herzlichen Applaus für unseren Kollegen Heinrich Pahl.

Euch allen einen solidarischen 1. Mai

und solidarische Grüße an unsere griechischen Kolleginnen und Kollegen.

Der DGB begrüßt die Soforthilfe für Griechenland.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.